



Der Westen sitzt im Glashaus, und deswegen lässt er Argumente zum Klimawandel aus früheren Kolonien oft ohne Widerspruch gelten.

ANDREW WINNING / REUTERS

Klimapolitik auf Augenhöhe

Die Schweiz sollte mit klaren Forderungen an die Klimakonferenz in Sharm al-Sheikh reisen. Unangenehme Wahrheiten müssen auf den Tisch – etwa die schwierige Zukunft der Petrostaaten und dass auch arme Länder in der Pflicht stehen. Gastkommentar von Toni Stadler

Wer im August in Doha bei 40 Grad das kühle Hotel verlässt, muss auf den Gedanken kommen, dass man an derart unwirtlichen Orten keine Städte bauen sollte. Abgesehen von den Baracken der Gastarbeiter wird fast jedes Haus und Büro das ganze Jahr mit fossiler Energie gekühlt. Selbst die Palmen im Hotelgarten überleben nur dank Meerwasser, das mittels Erdöl entsalzt wird. Die Folge: Petrostaaten stossen bis zu 40 Tonnen CO₂ pro Einwohner und Jahr aus – also etwa das 20-Fache von netto null (angestrebte Restemission minus natürliche Absorption).

Den Regierungsvertretern dieser Petrostaaten müsste bei der kommenden Uno-Klimakonferenz offen gesagt werden: An Kapital, euren Verbrauch herunterzufahren – etwa auf das Niveau von Frankreich –, fehlt es nicht. Tut dies bis 2050.

Doch selbstverständlich geht das Dilemma solcher Länder über ihren Eigenverbrauch hinaus. Meint es der Rest der Welt mit dem Klimaschutz ernst, werden sich Petro-Wirtschaften und Petro-Konzerne auf andere Geschäftsmodelle umstellen oder kleinschrumpfen müssen. Der Widerstand dagegen wird beträchtlich sein.

Industrieländer hinken hinterher

Das Problem bei einem solchen Aufruf ist, dass wohlhabende Länder an Uno-Konferenzen nur so tun, als seien sie im Klimaverhalten führend. Doch in den 36 industrialisierten Nationen schwanken die Treibhausgas-Mengen zwischen dem Zweifachen von netto null (Schweden: 4,5 Tonnen) und dem Achtfachen (Australien: 16,5 Tonnen). Und seit dem Paris-Abkommen von 2015 sinkt der Ausstoss zu langsam. Zwar boomen Solar und E-Mobilität, doch speziell in den USA und in China stammt Strom häufig aus Kraftwerken, die Kohle, Erdgas

Mit über 30 000 Anreisenden sind Klimakonferenzen zu gross geworden, zu theatralisch, zu Hilfswerk-lastig und auf die Opfer fokussiert.

oder Erdöl verbrennen. Durch Teslas ersetzte Benzinfahrzeuge werden selten verschrottet, dafür fahren sie (via Occasionshandel) bei weniger Bemittelten, nicht selten in Zentralamerika, Afrika oder der arabischen Welt, weiter.

Im Environmental Policy Committee der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) hatte ich für drei Uno-Klimakonferenzen die gemeinsame Stellungnahme der Industrieländer mit vorbereitet. Kein exportorientiertes Land wollte dabei mit Klimakritik auch nur einen seiner Handelspartner ärgern. Also fragte niemand, weshalb jeder Einwohner der englischsprachigen Neuen Welt (Australien, Kanada, USA) mit ihren 150 Millionen schlecht isolierten Einfamilienhäusern bei gleichem Wohlstand seelenruhig dreimal mehr Treibhausgas pro Einwohner emittiert als Skandinavier oder Schweizer.

Um selbst nicht schief dazustehen, lobte auch niemand Frankreich, das dank 56 sicher betriebenen Atomkraftwerken die Treibhausgase während 60 Jahren auf dem Niveau von Schweden tief halten konnte. Dafür blühten die Ausreden, es war die Rede von «grossen Ländern», «riesigen Distanzen», «extremen Temperaturen». Die Welt braucht dringend Modelle, welche solch billige Ausflüchte widerlegen und zeigen, dass man selbst bei netto null den Wohlstand halten kann.

Outsourcing-Länder, von Indien über Bangladesh bis Vietnam, dazu die teilindustrialisierte Volksrepublik China, sind zu Werkstätten für die Konsumgüter der Welt geworden. Ihr stark steigender Treibhausgas-Ausstoss liegt gegenwärtig zwischen netto null (Indien) und dem Vierfachen davon (China 8,5 Tonnen). Diese Gruppe ersetzt die alten Konsumgüterproduzenten Westeuropa und USA, welche weitgehend Dienstleister geworden sind, allerdings ohne dass diese ihre Emissionen entsprechend reduziert hätten. Regierungen aufstrebender Länder tun alles, um die Wirtschafts-

leistung zu steigern und ihrer Bevölkerung einen Lebensstandard wie in Schanghai, Singapur oder Abu Dhabi zu bieten. Sie vergleichen sich mit den Hochkonsumländern USA oder Deutschland und sehen keinen Grund für eine übereilte und teure Entkarbonisierung, die ihrer Partei die nächsten Wahlen kosten könnte.

Weil der Westen selbst im Glashaus sitzt und es gewohnt ist, Argumente zum Klimawandel – vor allem wenn diese aus früheren Kolonien kommen – ohne Widerspruch gelten zu lassen, ficht das niemand an. Falsch ist es trotzdem. Schwellenländern von Gleich zu Gleich zu begegnen, heisst, auch von ihnen ein möglichst fossilfreies Produzieren zu verlangen, selbst um den Preis teurerer Konsumgüter.

Unbeliebte grüne Politik in Entwicklungsländern

Arme Entwicklungsländer finden, es sei nicht ihre Aufgabe, dieses Problem zu lösen, aber ihr Recht, für die Schäden rekompensiert zu werden. Richtig daran ist, dass die meisten der 153 Entwicklungsländer, etwa Tansania, Jemen oder die Philippinen, mit erheblichen Treibhausgas-Mengen in ihren Hauptstädten, aber praktisch keinen auf dem Land, im Schnitt noch nicht einmal bei netto null angelangt sind. Daraus zu schliessen, Entwicklungsländer seien nicht verpflichtet, zum Klimaschutz beizutragen, ist historisch ungenau.

Die Industrialisierung mit fossiler Energie breitete sich im 19. Jahrhundert in den Städten weltweit aus, auch in Dakar, Nairobi, Delhi. Die ganze Welt wollte elektrischen Strom und Strassenverkehr. Kein afrikanischer oder asiatischer Minister hat nach der Unabhängigkeit auf Limousine, Klimaanlage und Notstromaggregat verzichtet. Vor 1970 gab es unter Fachleuten nur Vermutungen zur menschengemachten Erderwärmung. Heute erlaubt der Ernst der Krise keinem Land mehr, sich mit fossiler Energie über netto null hinaus zu entwickeln.

Statt an der Klimakonferenz in Ägypten zu klagen und die Verantwortung dem Norden zuzuschieben, wünschte man sich Regierungen armer Länder, die mit Plänen und Budgets für ein klimaverträgliches Wachstum auftreten. Für erneuerbaren Strom sind tropische Gegenden viel besser geeignet als Westeuropa. Bandenergie aus Wasserkraft, dezentrale Solarsysteme auf jedes Hausdach mit Ladestation in jeder Garage. Aber natürlich muss sich die wohlhabende Welt an den Mehrkosten in rohstoffarmen Entwicklungsländern beteiligen.

Wäre das «Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen» von 1992 umgesetzt worden, müsste man heute nicht darüber reden. Grund genug, zwischenstaatlichen Abkommen zu misstrauen und nach alternativen Lösungen zu suchen. Die Zeit dafür wäre eigentlich günstig. Der Sommer 2022 hat dem letzten Klimawandel-leugner vorgeführt, dass wir künftig mit häufigen Wetterkatastrophen leben müssen. Regierungen haben nun mehr Spielraum, freiwilligen Verzicht, moralische Appelle und Marktanzüge durch Regulierung zu ergänzen.

Nur wird dieser Spielraum wohl nicht genutzt. COP-Treffen sind mit über 30 000 Anreisenden zu gross geworden, zu theatralisch, zu Hilfswerk-lastig und auf die Opfer fokussiert. Ihre ausufernde Agenda setzt kaum Prioritäten. In der Schlussklärung dürfte der Anlass zum 27. Mal als «relativer Erfolg» gefeiert werden. Doch auch nach der flammenden Abschlussrede des Uno-Generalsekretärs werden die Polarkappen weiter schmelzen und der Meeresspiegel weiter ansteigen.

Ein Weltklimarat statt eines unbekanntenen Sekretariats

Die Schweizer Delegation sollte mit dem Antrag nach Ägypten reisen, möglichst noch vor der nächsten Weltklimakonferenz (COP) die globale Klimagovernance zur Diskussion zu stellen und neu zu strukturieren. Zu prüfen wäre der Ersatz des Uno-Klimasekretariats in Bonn (das kaum bekannte UNFCCC) durch einen politisch-wirtschaftlichen Uno-Weltklimarat auf höchster Ebene, geführt von einer prominenten Persönlichkeit.

Ohne ein Minimum von weltweit durchsetzbaren Klimagesetzen wird man die Erwärmung von Luft und Wasser nicht in den Griff bekommen. Zu prüfen wäre der Einbezug transnationaler Konzerne, die ihre Zukunft in fossilfreien Produkten sehen. Unternehmen können mit einschränkenden globalen Gesetzen leben, sofern die auch für die Konkurrenz gelten.

Weil griffige Klimaregulierung und deren Konsequenzen von Konsumenten und Wählern mitgetragen werden müssen, erhalte der Weltklimarat ein Mandat, die Weltöffentlichkeit regelmässig und politisch neutral über den Stand der globalen Klimasituation zu informieren – pragmatisch, wissenschaftlich, ohne Schuldzuweisung und Panikmache.

Toni Stadler studierte Kolonialgeschichte und Biologie, er arbeitete 25 Jahre in Flüchtlingslagern und Organisationen der internationalen Zusammenarbeit – IKRK, UNDP, UNHCR, EDA (Deza) und im Environmental Policy Committee der OECD.